

Wenn Jude zum Schimpfwort wird

Wie Bremen mit Antisemitismus an Schulen umgeht – jüdische Gemeinde fordert mehr Reaktionen von Lehrern

VON SARA SUNDERMANN

Bremen. Gibt es wieder mehr offenen Antisemitismus an Schulen? Zuletzt bewegte ein Fall von antisemitischen Drohungen und Übergriffen an einer Schule in Berlin-Tempelhof die Öffentlichkeit: Eine Grundschülerin wurde von ihren Mitschülern gemobbt, als Jüdin beschimpft und bedroht. Auch in Bremer Schulen gehören antijüdische Beleidigungen zum Alltag, das stellte Elvira Noa, Vorsitzende der jüdischen Gemeinde in Bremen, bereits im November fest: Auf den Schulhöfen sei „Jude“ längst zum Schimpfwort geworden, Kinder würden angefeindet und beschimpft.

„Wir bekommen immer wieder Rückmeldungen zu antisemitischen Vorfällen in Bremen, von Eltern, von Großeltern und von den Kindern selbst“, sagt Grigori Pantijelew, stellvertretender Vorsitzender der jüdischen Gemeinde in Bremen. „Das Schlimmste ist die fehlende Reaktion nach solchen Vorfällen. Viele Lehrer und andere Erwachsene sehen zu und tun nichts, dabei haben wir alle eine Vorbildfunktion.“

Antisemitische Vorfälle an Bremer Schulen würden oft von Kindern aus Familien arabischer und türkischer Herkunft ausgehen, aber keinesfalls nur von ihnen, sagt Pantijelew. Zum Thema werde Antisemitismus an Schulen häufiger, weil schlicht die Zahl der Kinder aus Ländern wie Syrien, Libanon und dem Iran gestiegen sei. „Das sind Länder, in denen es starke antijüdische Strömungen gibt, das wirkt sich auch in Deutschland aus und überträgt sich in die Familien.“

Pantijelew betont, antisemitische Äußerungen kämen meist „ausdrücklich nicht aus religiösen, sondern aus nationalistischen Kreisen“: „Die Eltern der Kinder, die sich antisemitisch verhalten, bezeichnen sich oft als Muslime, wissen aber meist wenig über den Islam und gehören auch nicht den muslimischen Gemeinden in Bremen an.“ Vertreter der Islamischen Föderation in Bremen hätten die jüdische Gemeinde solidarisch unterstützt, als die Synagoge in Bremerhaven mit einem Hakenkreuz besprüht wurde, sagt Pantijelew.

Eine spezielle Anlaufstelle für Kinder, die religiöses Mobbing erleben, gibt es in Bremen nicht. Betroffene Eltern könnten sich an Lehrer oder Schulleiter wenden, sagt Annette Kemp, Sprecherin der Bildungsbehörde. Auch Streetworker vom Verein Akzeptierende Jugendarbeit (VAJA) beraten zu Antisemitismus und könnten Ansprechpartner sein, so die Sprecherin. Bei größeren Vorfällen wie Prügeleien seien Schulen gehalten, diese der Schulaufsicht zu melden. Dabei werde aber nicht erfasst, ob es antisemitische Motive gab, so Kemp. Anlaufstelle bei heftigeren Vorfällen sind für die Schulen die Regionalen Beratungs- und Unterstützungszentren (Rebuz).

Knapp jeder Dritte, der aus einer jüdischen Familie stammt, hat zuletzt laut einer Expertenkommission des Bundestages im Verlauf eines Jahres antisemitische Beleidigungen erlebt. In Niedersachsen bestätigen Lehrkräfte, dass unverblümter Antisemitismus auf vielen Schulhöfen wieder zum Alltag gehöre (wir berichteten). Weder in Nie-

dersachsen noch in Bremen gibt es bislang Erhebungen zur Zahl antisemitischer Übergriffe. Zuletzt beschloss deshalb die Bremische Bürgerschaft, dass antisemitische Straftaten im Verfassungsschutzbericht wieder explizit ausgewiesen werden sollen. Zudem soll der Senat ein ressortübergreifendes Handlungskonzept gegen Antisemitismus erarbeiten, das besonders junge Menschen in den Blick nimmt.

Irina Drabkina von der Beratungsstelle Antidiskriminierung in der Arbeitswelt (ADA) kennt das Thema aus zwei Perspektiven: Zum einen berät sie Betroffene beruflich, zum anderen ist sie selbst Jüdin und engagiert sich in ihrer Gemeinde, indem sie Schulklassen durch die Bremer Synagoge



FOTO: PETRA STUBBE

„Viele Lehrer sind überfordert und nicht richtig vorbereitet.“

Antidiskriminierungsberaterin Irina Drabkina

führt. „Viele Lehrer sind überfordert und nicht richtig vorbereitet“, sagt Drabkina. „Wenn ein Kind diskriminiert wird, sollte die Lehrkraft solidarisch zu dem Kind stehen, es ernst nehmen und schützen.“ Viele jüdische Bremer würden ihre Religion heute

weniger offen leben – aus Vorsicht, sagt Drabkina: „Es kommt öfter vor, dass jüdische Eltern ihre Kinder ermahnen, keinen Davidstern um den Hals zu tragen – auf die Idee wäre meine Mutter vor 20 Jahren nicht gekommen.“ Sie regt an, dass Lehrkräfte externe Experten zu Workshops in die Schulen einladen und mit der ganzen Klasse über Erfahrungen mit Diskriminierung sprechen.

Klar ist für Fachleute: Antisemitismus ist in Deutschland auch nach der NS-Zeit nie verschwunden. Verschiedene Studien kamen in den vergangenen Jahren zu dem Schluss, dass zwischen 15 und 28 Prozent der Bevölkerung antisemitische Einstellungen teilen. Die Dunkelziffer dürfte sogar noch größer sein, vermuten Experten, denn nicht jeder bekennt sich bei Befragungen offen zu solchen Haltungen.

Anfang des 19. Jahrhunderts konstituierte sich die erste jüdische Gemeinde in Bremen. Nach 1945 gab es kaum noch jüdisches Leben in Bremen. In den 90er-Jahren nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion kamen viele osteuropäische Juden nach Deutschland, dadurch wuchs auch die jüdische Gemeinde in Bremen. 2004 zählte sie rund 1100 Mitglieder. Bremens einzige Synagoge steht in Schwachhausen. Sie entstand in den Sechzigern. Die frühere Synagoge im Schnoor war 1938 bei den Novemberpogromen zerstört worden.

Die ADA-Beratungsstelle plant einen Fachtag zum Thema Antisemitismus in Deutschland am 9. Mai im DGB-Haus. Er ist als Bildungszeit anerkannt und steht allen Interessierten offen. **Leitartikel Seite 1**